



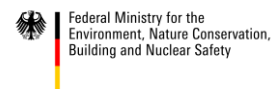
Die Rolle des Europäischen Parlaments 2014-2019 auf dem Weg zu einem ressourcenschonenden Europa



Erstellt von Ariadna Rodrigo (FOEE) | März 2014

Übersetzung durch:
Bund für Umwelt & Naturschutz Deutschland (BUND) & Global 2000

This project was supported by:



The supporting institutions accept no responsibility for the correctness, accuracy or completeness of the information, or for the observance of the private rights of third parties. The views and opinions expressed herein do not necessarily reflect those of the supporting institutions.

Printed on recycled paper.

Die im Mai 2014 gewählten neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) haben es in der Hand, dass zukünftig in der EU effizienter mit natürlichen Ressourcen umgegangen wird. Mit den während ihrer Amtszeit getroffenen Entscheidungen können sie maßgeblich dazu beitragen, dass Europa unempfindlicher gegen schwankende oder steigende Kosten von Rohstoffen und Ressourcen wird und darüber hinaus eine halbe Million neuer Arbeitsplätze geschaffen und erhebliche Verbesserungen für unsere Umwelt erreicht werden.

Seit der Veröffentlichung des „Fahrplans für ein ressourcenschonendes Europa“ im Jahr 2011 hat sich jedoch die Debatte um den Ressourcenverbrauch eher in akademischen Argumenten festgefahren als darauf abzielen, tatsächliche Maßnahmen zur Reduktion des Überkonsums von Ressourcen in Europa umzusetzen.

In einer Welt mit begrenzten Ressourcen, in der die Rohstoffpreise im letzten Jahrzehnt um 150% angestiegen sind¹ und EU-weit lediglich Recyclingraten von 40%² erreicht werden, ist es absurd, dass die EU über keine einheitliche und stabile politische Lösung zur Ressourcennutzung verfügt. Die derzeitige europäische Ressourcen Politik ist fragmentiert, schwammig und lässt kein konkretes Ziel erkennen. Sie leidet unter der Aufteilung von Zuständigkeiten innerhalb der Europäischen Kommission und lässt daher keine einheitliche und abgestimmte Herangehensweise zu.

Im Zuge der anstehenden Debatte und Abstimmung des Maßnahmen-Pakets zur Kreislaufwirtschaft bekommen die neuen MdEP die Chance, dringend notwendige Veränderungen herbeizuführen. Grundsätze und Prinzipien der Ressourceneffizienz müssen in die unterschiedliche Politiken mit einbezogen werden.

Das vorliegende Briefing weist auf die Möglichkeiten des Europäischen Parlaments hin, zwischen 2014 und 2019 die Implementierung einer zukunftsfähigen Ressourceneffizienzpolitik voranzutreiben.

Wie kann Europa von einer besseren Ressourcennutzung profitieren?

1. Den Ressourcenverbrauch der EU bemessen und verringern

Derzeit hat die EU keine genaue Vorstellung davon, von welchen Rohstoffen und Ressourcen sie abhängt und in welchem Mengen diese verbraucht oder benötigt werden. Was wir aber nicht bemessen, können wir auch nicht verwalten. Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Effizienzsteigerungen entlang der gesamten Lieferkette von Produkten sind zwar erste positive Schritte, es muss jedoch unbedingt vermieden werden, dass diese Effizienzsteigerungen zum sogenannten „Rebound Effekt“³ (höherer Verbrauch durch größere Effizienz) führen. Um dies zu verhindern, muss die EU ihre Ressourcennutzung über Land-, Material-, Wasser- und CO₂-Fußabdrücke messen und maßgeblich verringern.

Nur mit einer auf dem Verbrauch basierenden "Fußabdruck-Methode" kann die Gesamtmenge der von Europa verwendeten Ressourcen adäquat bestimmt werden. Hierüber wird der gesamte Lebenszyklus eines Produktes betrachtet und auch der für die Herstellung notwendige indirekte oder virtuelle Ressourcenverbrauch berücksichtigt. Da Europa ein Nettoimporteur von Ressourcen ist, kann nur so ein Gesamtbild des Umfangs der global verbrauchten Ressourcen bereitgestellt werden. Der Wasser-Fußabdruck eines T-Shirts liegt beispielsweise bei 2.700 l⁴ und der Land-Fußabdruck ein Auto beträgt 150 m²⁵. Für beide Produkte werden vorwiegend Rohstoffe und Ressourcen aus Ländern außerhalb der EU verwendet.

¹ McKinsey (2011) http://www.mckinsey.com/features/resource_revolution

² Eurostat (2013) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/8-04032013-BP/EN/8-04032013-BP-EN.PDF

³ http://ec.europa.eu/environment/eussd/pdf/rebound_effect_report.pdf

⁴ Water Footprint Network <http://www.waterfootprint.org/?page=files/productgallery>

⁵ Friends of the Earth Europe (2013) What is the land footprint? Infographic <http://www.foeeurope.org/media/2985>

Es ist notwendig ein differenziertes Indikatoren-Set einzuführen, um die Fokussierung auf aggregierte Indikatoren zu vermeiden. Aggregierte Indikatoren, bei denen unterschiedliche Klassen von Ressourcen unter einer Zahl zusammengefasst werden, verwenden häufig unzuverlässige Annahmen um die unterschiedlichen Daten (z.B. Treibhausgas-Emissionen, Landverbrauch, Wasserverbrauch und Materialströme etc.) in einen einzelnen Zahlen-Wert abzubilden. Bei dieser Umwandlung gehen jedoch eine Vielzahl wichtiger Informationen verloren.

Die Klimapolitik der EU basiert beispielsweise auf der Bemessung von Treibhausgas-Emissionen und der Festlegung und politischen Umsetzung von Reduktionszielen. Eine europäische Ressourceneffizienz-Politik sollte auf die gleiche Weise implementiert werden. Die EU muss ihren Ressourcenverbrauch anhand von CO₂-, Wasser-, Material- und Land-Fußabdruck bemessen und Zielvorgaben und Maßnahmen beschließen um den Verbrauch zu senken.

Zusätzlich können diese Indikatoren bei der Politik-Folgenabschätzung genutzt werden um Entscheidungsträger darüber zu informieren, inwieweit die Umsetzung einer politischen Maßnahme den zukünftigen Ressourcenverbrauch Europas beeinflussen wird. Beispielsweise sollte die Folgeabschätzung von Vorschlägen im Bereich der Agrotreibstoffe oder der „Bioökonomie“ eine Beurteilung der Auswirkungen auf Land-, Wasser- und CO₂-Fußabdruck beinhalten.

In Bezug auf das geplante Maßnahmen-Paket zur Kreislaufwirtschaft der Europäischen Kommission ist es notwendig, dass sich die MdEP für folgende Punkte einsetzen:

- Bemessung von CO₂-, Wasser-, Material- und Land-Fußabdruck in der EU und deren Mitgliedsstaaten
- Festlegung von verbindlichen Ressourcenreduktionszielen um „Rebound Effekte“ zu vermeiden und somit den maximalen Nutzen zu erreichen
- Verwendung der vier „Fußabdruck“- Indikatoren in Folgeabschätzungen von geplanten politischen Maßnahmen

2. Mülldeponien und -verbrennungsanlagen stehen Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz diametral entgegen

Aktuell erlaubt es die EU, dass 60%⁶ ihrer Siedlungsabfälle nicht wieder dem wirtschaftlichen Zyklus zugeführt werden, weil sie auf Deponien oder in Verbrennungsanlagen landen. Dies führt zu einer höheren Abhängigkeit der EU von zu importierenden Primärrohstoffen und somit zwangsläufig von deren kontinuierlichen Verfügbarkeit und steigenden Kosten. Dies steht in glattem Gegensatz zu dem im „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ festgelegten Ziel eine Kreislaufwirtschaft zu etablieren und das Restabfallaufkommen auf Null zu reduzieren⁷.

Europa verschwendet somit wertvolle (oftmals nicht erneuerbare) Ressourcen und verliert dadurch jährlich ein Äquivalent von 5 Milliarden Euro⁸. Durch Deponien und Verbrennungsanlagen wird die EU davon abgehalten wertvolle Rohstoffe wieder zu verwenden, die sich bereits im wirtschaftlichen Kreislauf befinden. Darüber hinaus verhindern sie die Schaffung von bis zu 500.000 neuen Arbeitsplätzen im Recycling- und Wiederverwertungssektor⁹. Dieses Missmanagement von

⁶ Eurostat (2013) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/8-04032013-BP/EN/8-04032013-BP-EN.PDF

⁷ European Commission (2011) Roadmap to a Resource Efficient Europe, pages 7 – 8
http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/pdf/com2011_571.pdf
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52011DC0571&from=EN>

⁸ Georgeson, Ray (2009) Gone to waste
http://www.foeeurope.org/sites/default/files/publications/FoEE_gone_to_waste_1009.pdf

⁹ Friends of the Earth Europe (2010) More jobs less waste
http://www.foeeurope.org/sites/default/files/publications/FoEE_More_Jobs_Less_Waste_0910.pdf

Ressourcen bedeutet zudem eine erhebliche Energieverschwendung, treibt den Klimawandel voran, führt zu Schadstoffbelastungen und kann sich negativ auf die Gesundheit auswirken.

Obwohl die potenziellen Vorteile von Abfallvermeidung, Wiederverwendung, Instandsetzung und Recycling für Umwelt und Wirtschaft die dafür benötigten Investitionen mehr als ausgleichen, werden diese Möglichkeiten nicht aufgegriffen. Die Überprüfung der Abfallpolitik durch die Europäische Kommission bietet die Möglichkeit diese Entwicklung endgültig umkehren.

Die MdEP haben die Möglichkeit im Rahmen der Überprüfung der Abfallpolitik das europäische Ressourcen-Management entscheidend zu beeinflussen. Letztendlich muss dieses mit den Zielen der Strategie für eine Ressourceneffiziente Europa in Einklang gebracht werden um eine funktionierende Kreislaufwirtschaft zu etablieren.

Die Unterstützung der MdEP ist notwendig zur

- Einführung eines Ziels zur Reduktion des Restabfallaufkommen auf Null
- Einführung einer verpflichtenden Getrenntsammlung von Abfällen, insbesondere auch für Bioabfälle aus Haushalten und Gewerbe
- Anhebung der Recyclingraten auf jeweils mindestens 70% für die wichtigsten Materialien (Papier, Glas, Plastik, Metall und Bioabfall)
- Einführung des Verbots von Mülldeponien und der Müllverbrennung bis 2025 und eines Finanzierungstopps für derartige Anlagen über die Kohäsions- und Strukturfonds der EU

3. Auch Unternehmen müssen ihren Teil beisteuern

Selbst wenn die Gesetzgebung darauf abzielt, die Unternehmen der EU ressourceneffizienter zu machen, wird vielerorts weiter gemacht wie bisher.

Stattdessen sollten neue Unternehmensmodelle unterstützt werden, die beispielsweise Leasing, Reparaturen, Instandsetzung sowie Wiederverwendung befördern, und somit viele Arbeitsplätze in Europa schaffen würden. Unternehmen sollten darüber hinaus beginnen, ihren gesamten Ressourcenverbrauch zu bemessen und zu reduzieren. Über die Einführung von Langzeit-Garantien für alle Produkte könnten zusätzliche Anreize für Hersteller gesetzt werden, Produkte von vornherein langlebiger zu konstruieren und zukünftige Upgrades oder eine Nachrüstung zu ermöglichen.

MdEP sollten sicherstellen, dass auch Unternehmen zukünftig Maßnahmen zur Ressourceneffizienz etablieren, indem sie:

- Unternehmen verpflichten, ihren CO₂-, Wasser-, Material- und Land-Fußabdruck zu bemessen und den Verbrauch zu verringern
- Leitlinien für Unternehmen zur Bemessung und Reduktion des Ressourcenverbrauchs vorgeben, wie sie bereits im Zuge der geplanten Richtlinie zur Offenlegung nicht-finanzieller Informationen durch Unternehmen vorgesehen sind
- die Einführung einer 10-jährigen Garantiefrist für alle elektrischen und elektronischen Geräte fordern
- neue Geschäftsmodelle wie Leasing bewerben und Reparatur, Instandsetzung sowie Wiederverwendung zur Norm in Europa machen.



Friends of the Earth Europe

Mitgliedsorganisationen von Friends of the Earth Europe

Österreich	Global 2000
Belgien	Les Amis de la Terre
Belgien (Flanders)	Voor Moeder Aarde
Bulgarien	Ecoglasnost
Kroatien	Zelena Akcija
Zypern	Friends of the Earth
Tschechische Republik	Hnutí Duha
Dänemark	NOAH
England, Wales and Nordirland	Friends of the Earth
Estland	Eesti Roheline Liikumine
Finnland	Maan Ystävät Ry
Frankreich	Les Amis de la Terre
Georgien	Sakharvelos Mtsvaneta Modzraoba
Deutschland	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Ungarn	Magyar Természetvédők Szövetsége
Irland	Friends of the Earth
Italien	Amici della Terra
Lettland	Latvian - Vides Aizsardzibas Klubs
Litauen	Lietuvos Zaliuju Judėjimas
Luxemburg	Mouvement Ecologique
Mazedonien	Dvizhenje na Ekologistite na Makedonija
Malta	Moviment għall-Ambjent
Niederlande	Vereniging Milieudefensie
Norwegen	Norges Naturvernforbund
Polen	Polski Klub Ekologiczny
Schottland	Friends of the Earth Scotland
Slovakien	Priatelja Zeme - Slovensko
Spanien	Amigos de la Tierra
Schweden	Miljöförbundet Jordens Vänner
Schweiz	Pro Natura
Ukraine	Zelenyi Svit

Friends of the Earth Europe setzt sich für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft und den Umweltschutz ein. FoEE vereint über 30 staatliche Organisationen mit tausenden lokalen Gruppen, und ist Teil von Friends of the Earth International, dem weltgrößten Basisnetzwerk für Umweltschutz.